

Autorinnenpapier



von Beate Walter-Rosenheimer MdB
Sprecherin für Jugendpolitik und Ausbildung
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

VIELFALT ALS CHANCE UND RESSOURCE DER BERUFLICHEN BILDUNG

Eckpunkte für ein inklusives Berufsbildungssystem

Die berufliche Bildung eröffnet jungen Menschen berufliche Perspektiven, sorgt für Teilhabe an Arbeitsmarkt und Gesellschaft und sichert Betrieben zukünftige Fachkräfte. Als wichtiger Pfeiler des öffentlichen Bildungssystems ist sie dem Gedanken der Inklusion verpflichtet. Diesem Anspruch wird das Lernen in Schule und Betrieb heute aber noch nicht umfassend gerecht. Auch im Ausbildungsjahr 2018 haben rund 270.000 junge Menschen eine Maßnahme am Übergang Schule-Beruf begonnen, anstatt in einer vollqualifizierenden Ausbildung für den Berufsabschluss zu lernen. Dies ist für die Betroffenen stigmatisierend und widerspricht dem Anspruch an ein inklusives Bildungssystem, das allen jungen Menschen die Chance auf gleichberechtigte Teilhabe und persönliche wie berufliche Entwicklung ermöglicht.

Mit der Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) besteht nun die Möglichkeit, die schon 2009 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete UN-Menschenrechtskonvention für den Bereich der Beruflichen Bildung in die Tat umzusetzen. Ziel muss sein, mit der Novellierung des BBiG und darüber hinaus allen jungen Menschen, auch wenn sie von Benachteiligung oder Beeinträchtigung und Behinderungen betroffen sind, zu ermöglichen, eine Berufsausbildung zu beginnen, erfolgreich abzuschließen und als Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt teilzuhaben. Vielfalt ist eine große Chance und Ressource des Berufsbildungssystems. Um sie zu nutzen, muss das Berufsbildungssystem strukturell umgebaut werden. Damit Inklusion gelingen kann, braucht die berufliche Bildung nicht nur engagierte Lehrkräfte, kompetente Ausbilder*innen und gute Schulsozialarbeiter*innen, sondern auch den politischen Willen des Gesetzgebers und einen gesetzlichen Rahmen, der Inklusion fordert und fördert.

1. Ausbildungsgarantie umsetzen – damit aus dem Übergangssystem Karriereleitern werden

Jedes Jahr beginnen hunderttausende junge Menschen eine ausbildungsvorbereitende Maßnahme statt einer vollqualifizierenden Ausbildung. Die unübersichtlichen Maßnahmen am Übergang Schule-Beruf müssen endlich zu einer Aufstiegsleiter zum Ausbildungserfolg umgebaut werden. Ausbildungsgarantie heißt für uns: Die Berufsausbildung muss neu gestaltet werden. Alle Auszubildenden mit Unterstützungsbedarf erhalten das Recht auf eine individualisierte Ausbildungsgestaltung und Prüfung.

2. Jugendberufsagenturen ausbauen – damit Hilfe aus einer Hand kommt

Jede Ausbildung beginnt mit guter Beratung. Damit alle jungen Menschen bestmöglich auf ihrem Weg von der Schule in die Ausbildung begleitet werden können, müssen Jugendberufsagenturen flächendeckend ausgebaut werden. Dies erfordert eine ausreichende Finanzierung

und eine gleichberechtigte Beteiligung der Jugendsozialarbeit. Damit Übergänge gelingen, ist eine dauerhafte Zusammenarbeit aller Akteure im regionalen und kommunalen Netzwerk des Übergangsmangements unerlässlich.

3. Kompetenzen anerkennen – damit zählt, was jemand kann

Nicht alle Fähigkeiten und Talente junger Menschen stehen schwarz auf weiß auf einem Zeugnis. Dies ist besonders für Menschen mit niedrigen und fehlenden formalen Qualifikationen ein Nachteil, etwa bei fehlendem Schulabschluss, nach einer Förderschule oder auch für eingewanderte junge Menschen, deren Zeugnisse nicht anerkannt werden. Teilweise liegen langjährige Berufserfahrungen vor, die aber ohne Berufsabschluss in keiner Weise anerkannt werden. Im Falle einer vorzeitigen Auflösung eines Ausbildungsvertrages oder eines -wechsels müssen bereits erworbene ausbildungsrelevante Kompetenzen bei Aufnahme einer neuen Berufsausbildung berücksichtigt werden.

4. Berufsorientierung ausbauen – damit alle ihren eigenen Weg finden

Insbesondere für sozial benachteiligte Jugendliche und die, die praktisches Lernen an der Werkbank dem theoretischen Unterricht im Klassenzimmer vorziehen, ist die frühe Kontaktaufnahme schon während der Schulzeit wichtig. Gute und präventive Angebote der Berufsorientierung im Sinne einer vorberuflichen Bildung (Berufswahl und Berufsausbildungsvorbereitung) müssen deshalb ausgebaut werden. Gute und klischeefreie Berufsorientierung setzt mit präventiven Angeboten an und stärkt die Orientierungs- und Entscheidungskompetenz junger Menschen.

5. Berufliche Schulen stärken – damit Inklusion Schule machen kann

Die beruflichen Schulen haben umfassende Erfahrungen und wertvolle Kompetenzen im Umgang mit einer vielfältigen Schülerschaft. Bund, Länder und Kommunen stehen gemeinsam in der Verantwortung, die beruflichen Schulen bei der Umsetzung inklusiver Unterrichtsangebote zu unterstützen. Inklusion wird nur gelingen, wenn die notwendigen Ressourcen für einen inklusiven Schulentwicklungsprozess tatsächlich bereitgestellt werden. Auch der Bund muss seinen angemessenen Beitrag leisten.

6. Praxisnah fördern – damit Inklusion im Betrieb gelingt

Um zukünftig allen jungen Menschen – auch mit Unterstützungsbedarf – eine individualisierte Ausbildungsgestaltung und Prüfung zu ermöglichen, stehen bereits sinnvolle Instrumente zur Verfügung, die weiter ausgebaut und flexibilisiert werden müssen. Dies gilt insbesondere für die Assistierte Ausbildung (AsA) und ausbildungsbegleitende Hilfen (ABH), die eine zuverlässige Begleitung der jungen Menschen wie auch eine Unterstützung der Betriebe gewährleisten können.

7. Engagement in den Betrieben fördern – damit Teilhabe im Betrieb zum Normalfall wird

Damit Inklusion in den Betrieben funktioniert, ist mehr Engagement in den Betrieben und Unterstützung für die Betriebe nötig. Gerade in Zeiten, in denen der Fachkräftemangel ein zentrales Thema ist, dürfen benachteiligte junge Menschen nicht als Last gesehen, sondern müssen als notwendige Ressource für die Zukunft erkannt werden. Damit ein Mentalitätswechsel möglich und Inklusion im Betrieb zum Normalfall wird, braucht es neben Veränderungen der baulichen Infrastruktur gute Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten, um alle Ausbilderinnen und Ausbilder, Fach- und Führungskräfte sowie Betriebs- und Personalräte bei Fragen der Inklusion zu unterstützen.

8. Teilzeitausbildungen ermöglichen – damit der Abschluss im eigenen Tempo erreicht wird

Um eine Ausbildung für alle jungen Menschen zu ermöglichen, sind flexible Möglichkeiten der (Teilzeit)Ausbildung weiter zu stärken. Zentral für den Ausbau der Teilzeitausbildung ist der Abbau der finanziellen und bürokratischen Hürden. Teilzeitberufsausbildende geraten oft in finanzielle Schwierigkeiten, etwa weil sie alleinerziehend oder ihre Eltern wieder unterhaltspflichtig sind. Statt des derzeitigen Zuständigkeitsgerangels auf Kosten der Auszubildenden braucht es transparente und unbürokratische Fördermodalitäten.

9. Chancen der digitalisierten Arbeitswelt nutzen – damit alle an der Zukunft teilhaben

Die zunehmende Digitalisierung verändert unsere Arbeitswelt. Die sich daraus ergebenden Chancen müssen genutzt werden, um mit neuen Technologien die Inklusion voranzutreiben. Gerade digitale Medien können den Lehr- und Lernprozess von Menschen mit Benachteiligungen bereichern. Damit dies gelingt, müssen auch in der beruflichen Bildung bestehende Konzepte und Methoden ausgebaut und neue Ansätze entwickelt werden, die dabei helfen Hürden zu überwinden und echte Teilhabe ermöglichen.